



Argumentarium

Ja zur Initiative «Organspende fördern – Leben retten»

In der Schweiz bestehen heute verschiedene Möglichkeiten, den persönlichen Entscheid für oder gegen eine Organspende festzuhalten. Durch einen Eintrag im Nationalen Organspenderegister oder anhand einer Organspende-Karte kann Zustimmung oder Ablehnung gegenüber einer Organspende erfasst werden. In letzter Zeit werden ausserdem vermehrt Willensäusserungen in Patientenverfügungen vorgefunden. Nach einer repräsentativen Umfrage von DemoSCOPE aus dem Jahr 2015 sind über 80 % der Bevölkerung positiv eingestellt gegenüber einer Organspende. Steht die Frage nach einer Organspende im Raum, findet sich in lediglich 5 % der Fälle ein hinterlegter Entscheid und rund ein Drittel der Angehörigen haben Kenntnis vom Wunsch der verstorbenen Person. Das Transplantationsgesetz sieht vor, dass mit der erweiterten expliziten Zustimmungslösung die nächsten Angehörigen stellvertretend im Sinne der verstorbenen Person entscheiden müssen. Die Entscheidungslast verschiebt sich somit auf die Angehörigen, welche eine Organspende in den meisten Fällen ablehnen, falls der Wunsch des Verstorbenen nicht bekannt ist.

Die Initiative «Organspende fördern – Leben retten» sieht eine Verfassungsänderung vor, welche auf dem Grundsatz der vermuteten Zustimmung beruht. Gemäss der angestrebten Modalität wird von der Zustimmung zur Organspende ausgegangen, sofern die verstorbene Person zu Lebzeiten nicht widersprochen hat oder den Angehörigen nicht bekannt ist, dass die verstorbene Person eine Organspende abgelehnt hätte.

Art. 119a, Abs. 4 der Bundesverfassung soll demnach wie folgt geändert werden:

Art. 119a Abs. 4

Die Spende von Organen, Geweben und Zellen einer verstorbenen Person zum Zweck der Transplantation beruht auf dem Grundsatz der vermuteten Zustimmung, es sei denn, die betreffende Person hat zu Lebzeiten ihre Ablehnung geäussert.

Die Initiative «Organspende fördern – Leben retten» basiert darauf, dass über 80 % der Schweizer Bevölkerung gegenüber der Organspende grundsätzlich positiv eingestellt sind. Die Organspende wird von «Herr und Frau Schweizer» weitgehend akzeptiert, wie auch die Bereitschaft sehr hoch ist eine Organspende anzunehmen, wenn der Tod auf diese Weise abgewendet und eine erhöhte Lebensqualität wiedererlangt werden kann. Trotzdem wird der Entscheid nicht festgehalten und oftmals auch nicht kommuniziert.

Die Initiative verlangt daher eine Zustimmungsmodalität, wie sie 17 von 24 Schweizer Kantone bis im Jahr 2007 kannten. Heute hat sich das System der vermuteten Zustimmung in allen mittel- und westeuropäischen Ländern bewährt. Ausnahme ist Deutschland, wo ein Systemwechsel ebenfalls diskutiert wird.

Das Initiativkomitee unterstützt die *erweiterte* vermutete Zustimmung, das heisst die Zustimmungsmodalität mit Einbezug der Angehörigen, aus den folgenden Gründen:

➤ **Ja zu mehr Selbstbestimmung**

Die vermutete Zustimmung gewährleistet die Entscheidungsfreiheit jeder und jedes Einzelnen. Wer keine Organe spenden will, kann dies verbindlich festhalten. Dank des Systemwechsels wird eine Minderheit der Bevölkerung (Nicht-Spender) geschützt, da die vermutete Zustimmung zwingend die Möglichkeit beinhalten muss, dass Nicht-Spender ihren Nein-Entscheid verbindlich festhalten können. Mit einem Ja zur Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» wird dazu beigetragen, dass jede Person über ihren Körper bestimmen kann, die Entscheidungsfreiheit gewährleistet wird und insbesondere, dass der Entscheid jedes und jeder Einzelnen festgehalten ist.

➤ **Ja zu mehr Verbindlichkeit und Sicherheit**

Ein Eintrag im Register wird rechtlich verbindlich und auch so umgesetzt. Der Persönlichkeitsschutz jedes und jeder Einzelnen ist gewahrt, da jeder Spender bzw. Nicht-Spender sicher sein kann, dass seinem Entscheid entsprochen wird. Die vermutete Zustimmung und das momentane System der expliziten Zustimmung sind ausserdem ethisch gleichwertig, da beide Systeme sowohl Zustimmung als auch Ablehnung einer Organspende ermöglichen.

➤ **Ja zu mehr Nächstenliebe und Solidarität**

Organspende ist ein Akt der Nächstenliebe – und dies soll auch so bleiben. Niemand wird zur Organspende verpflichtet, jede Person kann durch ein Nein ihre Ablehnung verbindlich äussern. Die vermutete Zustimmungslösung widerspiegelt die Solidarität der Gesellschaft und berücksichtigt die mehrheitlich positive Einstellung der Schweizerinnen und Schweizer gegenüber der Organspende.

➤ **Ja zur Entlastung der Angehörigen**

Heute müssen die Angehörigen stellvertretend im Sinne der verstorbenen Person entscheiden, falls diese sich zu Lebzeiten nicht für oder gegen eine Organspende geäussert hat. Dies ist in einer ohnehin schwierigen Situation, nämlich der Verlust eines nächsten Angehörigen, eine zusätzliche Belastung.

Durch den Systemwechsel wird die Variante der *erweiterten* vermuteten Zustimmung angestrebt, wie sie die meisten europäischen Länder kennen. Steht die Frage der Organspende im Raum und die verstorbene Person hat ihren Entscheid nicht hinterlegt, werden die Angehörigen darüber informiert, dass prinzipiell von der Einwilligung der verstorbenen Person auszugehen sei. In diesem Gespräch haben die Angehörigen nach wie vor die Möglichkeit, eine Organspende abzulehnen, falls sie Kenntnis davon haben, dass die verstorbene Person ihre Organe nicht spenden wollte. Dies gewährt eine zusätzliche Sicherheit für Personen die nicht spenden wollten, ihren Entscheid aber nicht im Register festgehalten haben.

➤ **Ja zum einfacheren Informieren der Bevölkerung**

Nach einem Systemwechsel von der expliziten zur vermuteten Zustimmung muss die Informationskampagne angepasst und die Bevölkerung über die neue Zustimmungsmodalität informiert werden. Der Vorteil der vermuteten Zustimmung ist, dass die Kommunikation klarer und einfacher verständlich ist: Sie richtet sich insbesondere an diejenigen, die ihre Organe nicht spenden möchten. Die Botschaft «Wer keine Organe spenden will, muss sich äussern» ist einfacher zu kommunizieren als «Es wäre gut, wenn man sich mit Organspende auseinandersetzen und sich entscheiden würde».

Es ist an der Zeit, über die Zustimmungsmodalität zu diskutieren, um Sicherheit und Klarheit in der Organspende sicherzustellen, ohne dabei Entscheidungsfreiheit und Persönlichkeitsschutz der Schweizer Bevölkerung zu gefährden.